

keine Klassen, aber auch keine Jagdsten und keine Unbesonnenen geben. So wenig dies bei jenen der Fall war, deren Tod wir heute beklagen. In diesem Kampfe darf keiner, kein einziger fehlen. Fester wollen wir uns zusammenschließen als jemals zuvor. Ein Wille soll uns einen, die wir ja alle nichts sein wollen als Arbeiter am Wohle des Volkes. Und wie sich heute hier alle Stände und Berufe vereinigen in einer Trauer und einer Treue, so soll auch dieses Haus nunmehr den einen Wettstreit der Parteien befehlen: zu einen, zu tragen und zu opfern. Alle Kraft der Erreichung des Friedens und bis dahin alle Kraft dem großen Abwehrkampf. Die Toten haben ihre ganze Person eingeleistet fürs Vaterland. So wollen wir es tun, indem wir uns im Geiste mit der Trauergemeinde am Grabe der deutschen Arbeiter in Wien vereinen fühlen und ihre Seele und unser Vaterland Gott befehlen. Lassen Sie uns in dieser feierlichen Stunde jedem einzelnen aus dem Volke in Front und Heimat in den Klängen der Glocken... — als Gelübdis und Mahnung zugleich — die Worte zurufen und sie auch befolgen:

„Und wandeln solltest Du so, als hinge von Dir und Deinem Tun allein das Schicksal all der deutschen Dinge, und die Verantwortung wäre Dein!“

Der zweite Satz aus der Beethoven'schen VII. Sinfonie schloß die erste weisevolle Feier.

Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Dr. Cuno begaben sich zu den Vertretern des Essener Wertes und der Arbeiter und sprachen ihnen persönlich durch Händedruck ihr Beileid aus.

Vertilge und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Vortragsabend.) Auf den morgen, Freitag im Gasthof zum Herrenhaus stattfindenden Vortrag des Reichsheimstättenbundes „Ost-sachsen wird nochmals hingewiesen.

— (Verein für Volkshilfebildung) Zimmer 91, Schule 1 Stad. Montag, den 16. 8—10, Dr. Neumann, Dresden, Mitarbeiter der Chunschen Tiefseexpedition. Bildvortrag: Die Tiere als Eltern.

— (Vortrag.) Allen vaterländisch geklunnten Volksgenossen, die ein Interesse haben für die zeitlichen Zustände im Ruhrgebiet, ist am Freitag, den 13. April abends 8 Uhr in Großröhrsdorf im „Grünen Baum“ Gelegenheit geboten, Näheres und Ausführlicheres über die Notlage am Rhein und Ruhr zu hören. Ein aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesener, der die Verhältnisse aus eigener Erfahrung kennt, wird eingehend Bericht erstatten. Deshalb sei der Besuch dieses Vortrages dringend empfohlen.

— (Steuerbefreiung für die Ruhrhilfe.) Das Landesfinanzamt Dresden teilt zur Befestigung aufgetretener Zweifel mit: Nach einem Erlasse des Reichsministers der Finanzen sind die Finanzämter ermächtigt worden, den Arbeitslohn, der einer Hilfsorganisation aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebietes zur Verfügung gestellt wird, vom Steuerabzug und von der Einkommensteuer zu befreien. Diese Befreiungen sind von den Finanzämtern grundsätzlich von Fall zu Fall auszusprechen. Das Landesfinanzamt hat jedoch auch nachgelassen, daß die Finanzämter die Steuerfreiheit der Beträge allgemein durch öffentliche Bekanntmachung zuzulassen. Die Steuerpflichtigen haben seinerseits bei Abgabe ihrer Steuererklärung für 1923 darum nachzusuchen und Bescheinigungen über die von ihnen bewirkten Zuwendungen beizubringen. Für die Steuerpflichtigen deren Einkommen dem Steuerabzug unterliegt, können, soweit die Finanzämter die Befreiung der Beträge von der Steuerpflicht nicht allgemein zugelassen haben, Befreiungsanträge auch durch Vermittlung der Arbeitgeber sofort gestellt werden. Dabei kann davon abgesehen werden, die Arbeitnehmer namentlich im Antrag zu benennen. Auch kann der Antrag auf mehrere Zahlungen von Bezügen erstreckt werden. In den für die Arbeitnehmer an das zuständige Finanzamt einzuliefernden Ausweisen (beim erleichterten Verfahren des Lohnsteuerabzugs) oder Ueberweisungsblättern (beim Einzahlungsverfahren) oder in den für die Arbeitnehmer zu führenden Steuermarkenblättern ist die vom Steuerabzug freigestellte Zuwendung zur Ruhrhilfe in der Bemerkungsspalte zu bescheinigen.

— (Sammelaufräge im Postverkehr.) Im Postverkehrsverkehr ist die untere Grenze für die Zahl der den Sammelaufrägen beizufügenden Einzelaufträge auf 5 festgesetzt worden.

Dhorm. (Militärkonzert.) Ein Stimmungsvoller Abend verspricht der 28. April im Weißgasthof, Dhorn, zu werden. An diesem Tage feiert der Militärverein sein 50jähriges Stiftungsfest. Rührige Hände sind nötig, diesen Abend inhaltreich zu machen. Dazu soll laut Beschluß der Versammlung von 7. April eine Reichswehrkapelle gewonnen werden. Nicht engherzig ist man bei diesem Beschluß gewesen, denn dieselbe soll mit möglichst 18 Mann erscheinern. Ausersehen ist dazu die II. Jägerbataillonkapelle in Dresden. Hoffen wir, daß es zum günstigen Abschluß mit Herrn Musikdirektor Helbig kommt, da bei einer Besetzung mit 18 Mann Herr Helbig selbst die Leitung in Dhorn übernehmen will. Es steht uns ein Konzert bevor, wofür Genuß sich keiner, da auch Freunde und Gäste des Vereins willkommen sind, entgegen lassen sollte.

Dhorm. (Volkshilfe) Die Volkshilfearbeit des Jahres 1922 litt sehr unter dem ungünstigen Einfluß, den die fortschreitende Teuerung überall verursachte. Das zeigt sich darin, daß die Einnahmen trotz mehrfacher Erhöhung des Beselgeldes und Geldpenden aus Leserkreisen in Höhe von 1300 Mark nicht in Einklang mit den Ausgaben gebracht werden konnten und ein beträchtlicher Fehlbetrag bestehen blieb. Abgesehen davon waren die

Einnahmen, dem Geldstande entsprechend, so gering (nur 2400 Mark!), daß sie gerade zur Deckung der Verpflichtungen an den Volksverband der Bäckerfreunde ausreichten und Bäckeranfänge darüber hinaus nicht gestatteten. So konnten 1922 nur 11 Bäcker angeschafft werden. Dieser Mangel bewirkte auch einen gelinden Rückgang in der Benutzung (796 Bäcker an 481 Leser). — Die am 1. April vorgenommene Erhöhung des Beselgeldes hat sich inzwischen, zumal infolge weiterer Preissteigerung auf dem Bäckermarkt, als umzulänglich erwiesen. Es muß also leider eine abermalige Erhöhung eintreten: Vom 15. April beträgt das Beselgeld für jedes Buch wöchentlich 5 Mark.

Großröhrsdorf. (Jubiläum im Schuldienst.) Mit Beginn des neuen Schuljahres war den Herren Direktor Käller und Oberlehrer Hamann vergönnt, auf eine 40jährige Tätigkeit im Schuldienst zurückzublicken. Herr Direktor Käller trat im Jahre 1883 in Zittau ins Amt, von 1891 bis zu seiner 1893 erfolgten Uebersiedlung nach Großröhrsdorf war er Schuldirektor in Mäßen-St. Jacob. Herr Oberlehrer Hamann wirkte seit 1887 an unserer Schule, vorher in Obernaglung im Erzgebirge. Am ersten Schultage nach Ostern wurden den geschätzten Jubilaren von der Behörde und von den Behörden herzlichste Glückwünsche zum Ausdruck gebracht.

Ramenz. (Eine Protestversammlung der Bäcker-Innungen der Amtshauptmannschaft Ramenz) vereinigte am Dienstag nachmittag im Sternsaal aus den Innungen von Ramenz, Königsbrück, Großröhrsdorf, Pulsnitz und Elstra annähernd 100 Bäckermeister und gestaltete sich zu einer Kundgebung gegen das angebotene Unrecht, das ihren Mitgliedern durch den Beschluß der Amtshauptmannschaft über die Mehlpriisdifferenz bei Betrieben mit und ohne Hilfskräften zugefügt worden ist. Die Ausführungen der Innungsvorstände ergaben zur Sachlage, daß es als eine einseitige Benachteiligung der Kleinbetriebe ohne Hilfskräfte empfunden wird, wenn sich der Bezugspreis des Mehles für sie um 60 Prozent der darauf entfallenden Gesellenlöhne höher stelle, während Betriebe mit Hilfskräften von diesem Sonderaufschlag befreit seien. Nach Mitteilung der Amtshauptmannschaft sei man aus volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Finanzlage des Kommunalverbandes zu diesem Beschluß geschritten. In temperamentsvollen längeren Ausführungen traten die Redner diesem Beschluß entgegen, indem sie darlegten, daß die sonst oft bezweifelte größere Wirtschaftlichkeit der Kleinbetriebe in diesem Falle stark überschätzt würde, außerdem sei ein solcher Beschluß rechtlich anfechtbar, wie die Vorgänge in den Kommunalverbänden Chemnitz und Annaberg bewiesen. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Amtshauptmannschaft in einem Schreiben zur Rücknahme ihrer Maßnahme zu bewegen und eine gleiche Mehlpriisdifferenz für alle Bäckereibetriebe zu fordern. Eine an zuständiger Stelle vorgebrachte persönliche Darlegung einer Abordnung blieb ohne Erfolg.

Ramenz. Ein auf Grube Heze III bei Wied-nitz beschäftigter 26 Jahre alter Kohlenarbeiter aus Dhorn erlitt gestern dadurch einen Unglücksfall, daß er von einem Kohlenhant überfahren wurde. Er trug einen Oberschenkelbruch davon und mußte ins hiesige Krankenhaus überführt werden.

Baugen. (Höchstpreisüberschreitungen.) Am letzten Wochenmarkttag wurden von der Mohlfahrtspolizei acht Handelzpersonen von auswärts wegen Höchstpreisüberschreitungen für Butter gefaßt und angezeigt. Die Butter wurde beschlagnahmt.

— (Die Arbeiterjugend Ost-sachsens) feiert Pfingsten in Baugen ihren diesjährigen Bezirksjugendtag. Etwa 4000—5000 Burschen und Mädchen werden zu diesem Zwecke in Baugen weilen.

Dresden. (Pressestimmen zur sächsischen Regierungserklärung.) Unter der Ueberschrift „Die Zwielmühle“ schreibt der „Dresdner Anzeiger“ über die Regierungserklärung u. a.: „Die Kernpunkte der Erklärung Dr. Zeigners sind die aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten gebildeten Ueberwachungsanstalten bei den Preisprüfungsstellen und die Abwehrorganisationen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterschaft. Hier schneiden sich die Bestimmungen der Reichs- und Staatsverfassung mit den Forderungen der am Bau der sächsischen Regierung beteiligten kommunistischen Partei. Parteiliche Ueberwachungsanstalten, ausgestattet mit dem Rechte der Prüfung in den Einzelgeschäften und mit der Befugnis der Rechnungsansicht und Beschlagnahme erscheinen verfassungsmäßig unzulässig und dürften gerade die Entwicklung fördern, die man herbeiführen möchte. Von Abwehrorganisationen ist in der Verfassung nichts zu finden. Dr. Zeigner hob die Erkennnis-Befugnisse hervor, die kein Staat einer privaten Organisation überlassen könnte.“ Also eine private Organisation ohne Deckung durch die Verfassung! In der Tat handelt es sich um eine alleinige Aufgabe des Staates; in will es die Verfassung des Reiches und die Sach-sens. Dr. Zeigner baut in Sachen der Ueberwachungsanstalten auf den Gedanken eines Reichskartellgesetzes und in Sachen der Abwehrorganisationen drauf, daß die sehr bemerkenswerten Worte: „Das Reich mag endlich eingreifen gegen die satzstischen Organisationen!“ Das Reich! Das Reich! Ein Stoß-geißler, fast ein Hülfesuch um Befreiung aus der Zwielmühle, in die die sächsische Regierung und die sächsische Sozialdemokratie hineingeraten sind, und ein Bekenntnis dafür, daß in diesen Fragen eine Stützung auf die Verfassung verlangt. Soweit man sich anderwärts in Soldatenpieleret läßt, halten wir es für die selbstverständliche Pflicht des Reiches, mit diesen verwerflichen Versuchen aufzuräumen. Aber die Begründung, daß andere auch solche Fehler gemacht hätten, ist nicht stichhaltig. Es bleibt also nur zu wünschen, daß die Annahme des Reiches gehört wird. Es muß einmal Schluß gemacht werden mit den Versuchen, innere Feinde zu schaffen. Man sollte allerorten einmal

die Gespensterei bannen und nicht in jedem Winkel eine Gefahr für die Republik wittern. Die Verfassung hat sich längst sehr viel weiter durchgesetzt, als besorgte Menschen glauben mögen. Dr. Zeigner kam es darauf an, seinen Arbeitsplan als im Einklange mit der Verfassung befindlich nachzuweisen. In diesem Gebäude befand sich ein Riß. Ob ihn die Taten der Regierung schließen können, oder ob er sich so ausweitet, daß das neu errichtete Haus über kurz oder lang zusammenfällt, das soll die nächste Zukunft zeigen.“

Dresden. (Kartoffelpreise.) Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 9. April 1923 einen Erzeugerpreis von 1800—2100 Mk. je Zentner für weiße, rote und gelbfleischige Sorten notiert.

Chemnitz. (Millionen diebstahl.) Während der Osterfeiertage wurden in einer Blumenfabrik in Hertigswalde Farben im Werte von 8—10 Millionen Mark gestohlen.

Schandau. (Ein 12jähriger Selbstmörder.) In Dittersbach wurde ein 12jähriger Schüler in einer Scheune erhängt aufgefunden.

Chemnitz. (Bund sächsischer Staatsbeamten.) Der Bund sächsischer Staatsbeamten hält am 14. und 15. April seinen 6. Bundestag in Chemnitz-Altendorf ab.

— (Bei der Bestattung der ermordeten Krupp-Arbeiter in Essen ging ein Gedicht von Hand zu Hand, das Arthur Zickler den Toten gewidmet hat. Das Gedicht hat folgenden Wortlaut:

Unseren toten Kameraden.

Dreizehn Tote. Gefallen durch Mörderhand. Männer der Arbeit — gestorben fürs Land. —
Ade Kameraden!

So wie ihr standet am letzten des März, Drückt euch die rote Erde ans Herz: Friedlich und stark!

Daß frei die Arbeit und frei der Mann, Euer Blut in westfälische Erde rann —
Ade Kameraden!

In Treue verbunden, im Schicksal vereint, Arm Deutschland um euch, seine Söhne, weint: Gestorben fürs Volk!

Solange der deutsche Hammer noch schwingt, Er das Lied vom Sterben der Dreizehn singt, Von euch Kameraden!

Eure tote Hand in die Zukunft weist; Mit eurem Herzen, in eurem Geist Wird Deutschland bestehen!

Weinend stolze unsere Seelen erhebt; Ihr seid gestorben, daß Deutschland lebt —
Ade Kameraden!

Die ihr vom besten Reiche trant — Von Rebze Wälonen sei euch gedankt In Ewigkeit, Brüder!

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 10. April.

Zur heutigen ersten Sitzung nach der Osterpause waren Haus und Tribüne voll besetzt, vor dem Eingange zum Ständehause standen viele, die vergeblich Einlaß begehrten. Die Sitzung begann mit einstündiger Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob Präsident Winkler, während sämtliche Abgeordnete sich von ihren Plätzen erhoben hatten, namens des Landtages feierlichen Protest gegen das französische Blutbad in Essen und sprach den Hinterbliebenen das tiefste Mitgefühl aus. — Abg. Wittich (Rom.) gab eine verklausulierte Protesterklärung namens seiner Partei ab, die zum Teil lebhafteste Proteste auf der Tribüne auslöste. Ministerpräsident Dr. Zeigner verlas hierauf eine längere Regierungserklärung. Zunächst stellte er die neuen Minister Liebmann und Graupe vor und bemerkte, daß er das Justizministerium bis auf weiteres selbst fortführen werde. Die Regierung bekenne sich ausdrücklich zu den am 12. Dezember v. J. angefügten Ministerialentscheidungen. Redner forderte dann von der Reichsregierung, daß sie die Politik der Abwehr an der Ruhr möglichst rasch durch eine aktive Politik positiver Vorschläge ergänzen müsse. Um aus der verzweifelten wirtschaftlichen Lage herauszukommen, werde die sächsische Regierung alles tun, was geeignet sei, um die Entwicklung von der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft vorwärts zu treiben. Mit Rücksicht darauf, daß die wirtschaftliche Not meist die Ursache der Kriminalität sei, werde sie dem Landtag ein Amnestiegesetz vorlegen. Der Ministerpräsident ging dann auf die Schwierigkeit der Volksernährung ein und erklärte, daß jede Preissteigerung nachdrücklich durch bekämpft werde, daß zur Kontrolle der Preisbildung besondere Ausschüsse bei den Preisprüfungsstellen errichtet werden, die aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten bestehen sollen. Einem Uebau des Achtstundentages sowie der Ruhe und Gefährter werde sich die Regierung mit aller Entschiedenheit widersetzen. Der Redner wandte sich dann den Fragen der Sozialpolitik zu und ging auf den Kampf um die Festigung des republikanischen Gedankens ein. In diesem Kampfe habe die Arbeiterschaft leider immer wieder sehen müssen, daß das Reich gegenüber dem Treiben gewisser Kreise nicht jene Festigkeit gezeigt habe, die nötig gewesen sei. Man habe sogar versucht, die Reichswehr für die politischen Ziele der Rechtsprechunglichen Organisationen zu gewinnen, leider nicht immer vergeblich. Dadurch sei die Republik selbst bedroht. Solange diese Situation bestehe, könne es die sächsische Regierung den Arbeiterparteien nicht verbieten, sondern müsse es sogar dankbar begrüßen, wenn sich die Arbeiter den Organen der Republik zur Verfügung stellen. Der sächsische proletarische Ordnungsdienst sei nicht bewaffnet. Das Reich habe es in der Hand, diese Abwehrorganisationen gegenstandslos zu machen, wenn es dafür Sorge, daß die reaktionären Angehörigen mit aller Energie zerstückelt werden. Der Ministerpräsident schloß: Die Regierung betrachtet es als ihre Aufgabe, die Republik zu sichern, aufzubauen, nicht zu zerstören. — Nächste Sitzung Donnerstag, vormittag 10 Uhr: Aussprache über die Regierungserklärung, Anfragen und Anträge.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. April.

Am Regierungstisch Justizminister Dr. Heine. Präsident Loebe eröffnete die Sitzung 3 Uhr 20 Min. und weist auf die neuen Uebergriffe gegen Abgeordnete des Reichstages während der Osterpause und auf die Quälereien und Blutungen gegen die Besatzung des Ruhr-Gebietes hin. Seit der gestrigen Rede des Reichskanzlers, die im ganzen Volke ihren Widerhall gefunden hat, hat französisches Militär neue Gewaltakte verübt, ja sogar Sand an Abgeordnete und Regierungsvertreter gelegt, die nur den Bestreben die letzte Ehre erweisen wollten. (Lebhaftes Zutunse.) Es scheint fast, als ob die Bedrücker durch Bedrückung und Mißhandlung unser Volk zur Verzweiflung zu bringen suchen. Sie werden es aber